

# MARTIN GÜNTHER, JOHANN STRESE

## Sozioökonomische Probleme im Leben von Jugendlichen

Impression einer studentischen Konferenz  
vom 21. 4. bis 26. 4. 2007 in Moskau

Die Konferenz fand in den Räumlichkeiten der »Akademie der Arbeit und der sozialen Beziehungen« in Moskau statt. Die Akademie ist eine Einrichtung der Föderation unabhängiger Gewerkschaften Russlands. Das Konzept der Konferenz unterschied sich insofern von einer normalen Konferenz, als dass die Konferenz von Studenten für Studenten gemacht wurde, also eine studentische Konferenz war.

An der Konferenz nahm eine Vielzahl von Delegationen teil. Diese Delegationen kamen zumeist aus ähnlichen gewerkschaftlichen Instituten anderer Länder und Regionen. Es waren Delegationen aus St. Petersburg, der Ukraine, Weißrusslands, Moldawiens, Bulgariens und der Schweiz anwesend. Die inhaltliche Ausgestaltung war sehr auf die osteuropäischen Länder fokussiert.

Die Themen der Konferenz deckten ein weites Spektrum ab. Dieses Spektrum wird recht gut durch die Bezeichnungen der Sektionen oder Workshops, in denen gearbeitet wurde, wiedergegeben:

*Sektion 1:* Berufsausbildung von Jugendlichen und der sozio-ökonomische Fortschritt der Gesellschaft

*Sektion 2:* Arbeitsmarkt und Arbeitseintritt von Jugendlichen

*Sektion 3:* Die Wirkung von moralisch-ethnischen und sozio-ökonomischen Aspekten im Leben von Jugendlichen

*Sektion 4:* Jugendpolitik des Staates unter modernen ökonomischen Bedingungen: Ziele, Probleme, Unzulänglichkeiten

In der vierten Sektion, an der sich Johann Strese beteiligte, wurden Vorträge gelesen, die sich vor allem mit den Problemen von Jugendlichen, aber auch mit der offiziellen Jugendpolitik beschäftigten. Diese wurden später in der Diskussionsrunde kritisch hinterfragt bzw. besprochen. Hierzu im Folgenden einige Beispiele:

### *Belarus*

In Belarus wird die Jugendpolitik von der Regierung auf allen Ebenen diktiert. Dies soll heißen, dass die Regierung einen Fünfjahresplan erstellt hat und diesen rigoros versucht, überall durchzusetzen. Über die Effektivität dieser Vorgehensweise lässt sich streiten, so besteht eine große Gefahr, dass diese Politik an der Basis realitätsfremd ist oder vielleicht innerhalb von fünf Jahren zu starr ist.

Außerdem betonten die Vertreter aus Belarus die Funktion von staatlichen und nichtstaatlichen – sprich oppositionellen – Jugendorganisationen. In Belarus gibt es nach Angaben der Vertreter ca. 200 staatliche Jugendorganisationen. Die größte unter ihnen ist die BRMS (»Belarussische Republikunion der Jugend«), eine Organisation, die sich starken

Martin Günther – Jg. 1982,  
studiert Volkswirtschafts-  
lehre an der Universität  
Frankfurt/Oder (Diplom),  
Stipendiat der Rosa-  
Luxemburg-Stiftung,  
Spezialisierung Arbeits-  
markt- und Sozialpolitik,  
Wirtschaftspolitik  
Foto: privat

Zulaufs erfreut. Hier werden Jugendlichen Vergünstigungen für Sport-, Musik- und andere Kulturveranstaltungen gegeben, aber auch ein Stipendium für das Studium bezahlt oder gleich die Studiengebühren erlassen. Ihr Wohlbefinden liegt dem Präsidenten sehr nahe, da man mit ihr unter anderem seinen Einfluss in der »Jugendpolitik« besser durchsetzen kann. Einigen Teilnehmern in der Sektion sowie auch mir kamen Assoziationen mit Jugendorganisationen aus einer dunklen Ära Deutschlands auf.

Dass hierdurch aber Jugendliche und nichtstaatliche Organisationen stark benachteiligt werden, wird bewusst in Kauf genommen und sogar weiter gefördert. So haben nach Aussage der Vertreter nichtstaatliche Jugendorganisationen keine realistische Chance, etwas auszurichten und Studenten, die nicht beitreten wollen, müssen trotz hervorragender Leistungen Studiengebühren erbringen, nur weil sie nicht Mitglied sind.

### *Ukraine*

Die ukrainischen Teilnehmer betonten den Umbruch und die aktuelle Orientierungslosigkeit in der Politik. Die gravierenden Probleme von Jugendlichen sind vor allem finanzieller Art. Hierzu zählen die gestiegenen Kosten für die Hochschulausbildung im Allgemeinen, aber auch die Finanzierung einer Wohnung für junge Familien. Die staatlichen Hilfen reichen bei weitem nicht aus und können auch nicht mit dem Aufwärtstrend der Immobilienpreise mithalten. Besonders kritisch ist es in den größten Städten des Landes wie z. B. Kiew, wo die Quadratmeterpreise für Kauf oder Miete teilweise denen von Manhattan nahe kommen.

Dies ist aber leider ein verbindendes Problem in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Auch von russischer und belorussischer Seite wurde dieses Problem stark hervorgehoben. Ein Grund für diese so genannten Preisexplosionen ist der noch zunehmende Pull-Faktor der Groß- bzw. Hauptstädte. Das zentralistische System wurde nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion weiterhin beibehalten und hat mit dem freien Kapitalfluss deutlich an Dynamik zugenommen. Deutlich wird dies bei der Betrachtung, wie der Wohlstand auf das ganze Land aufgeteilt ist. Hierbei würden wir starke Konzentrationen auf wenige Agglomerationen vorfinden, die immer mehr Menschen aus anderen, wirtschaftlich schwächeren Regionen anziehen. Diese Menschen wollen auch ihr Bedürfnis nach einer Wohnung befriedigen, was dazu beiträgt, dass auch die Immobilien- bzw. Mietpreise in die Höhe schießen.

### *Russland*

Von den russischen Teilnehmern wurde eingebracht, dass bis vor kurzem in Russland keine wirkliche Jugendpolitik stattgefunden hat. Außerdem wurde von den Vertretern kritisiert, wie die russische Regierung Jugendpolitik versteht. Ihren Aussagen nach zu urteilen, macht die Regierung keine konstruktive Jugendpolitik, sondern bereitet vielmehr ihre Jugend auf eine noch pessimistischere Zukunft vor.

Ein Problem ist auch die so genannte Politisierung von Jugendlichen sowohl von staatlicher als auch von oppositioneller Seite. Hier wird nicht kritisiert, dass Jugendliche sich in die Politik einmischen, sondern von diversen politischen, vor allem staatlichen Jugendorganisationen

Johann Strese – Jg. 1980, studiert an der Universität Potsdam Hispanistik, Russistik und Human-geographie (Magister), Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.  
Foto: privat

umworben werden, um sie dann als bloße Masse zu vermarkten. Eine wirkliche Sensibilisierung von Jugendlichen für Politik ist nicht das Ziel der Vereinigungen. Die meisten Jugendlichen treten solchen Gemeinschaften bei, weil sie mit Vergünstigungen aller Art umworben werden.

Des Weiteren wurde diskutiert, wie man Jugendliche für die Politik sensibilisieren kann und was es für Möglichkeiten gibt, um die Jugendpolitik eines Landes effizienter zu gestalten.

Im Gegensatz zur vierten Sektion war das Geschehen in der zweiten Sektion: »Arbeitsmarkt und der Arbeitseintritt von Jugendlichen« durch die Vorträge geprägt. Martin Günther nahm mit einem Vortrag über den Arbeitsmarkt und den Arbeitseintritt von Jugendlichen in Deutschland teil. Diskussionen fanden leider kaum statt. In den meisten Vorträgen wurde dabei auf die Situation von Hochschulabgängern eingegangen. Die Situation von Jugendlichen, welche keine Hochschule besuchen, kam in den Vorträgen nicht zur Sprache. Dies lässt sich durchaus dadurch erklären, dass die Hochschule für die meisten Jugendlichen in den Ländern der Vortragenden eine weitaus größere Rolle spielt als in Deutschland. Es dürfte bekannt sein, dass das System der dualen Ausbildung eine deutsche Besonderheit ist.

In den Vorträgen wurde sich mit den Perspektiven von Hochschulabsolventinnen und -absolventen auseinandergesetzt, dabei wurde durchaus kritisch der Wunsch von einem sehr großen Anteil dieser Gruppe diskutiert, ihre berufliche Perspektive im westlichen Ausland zu suchen. Hierbei wurden insbesondere die Folgen für die eigene Volkswirtschaft hervorgehoben. Gleichzeitig klang an, dass sich dieses Problem auf Grund der besseren Einkommensperspektive relativieren könnte. In diesem Zusammenhang wurde der Vorschlag, Studenten von ihren Studiengebühren zu befreien, wenn sie sich dazu verpflichten, nach ihrem Abschluss im Land eine bestimmte Anzahl an Jahren zu bleiben, in den Raum gestellt – leider aber nicht diskutiert, insofern ein allgemeines Meinungsbild der Teilnehmer der Sektion nicht wiedergegeben werden kann.

Zu dem Problem der Abwanderung ins Ausland wurde darüber hinaus auch das Problem angesprochen, dass viele Absolventinnen und Absolventen ihre Lebensperspektive in den (Groß-)Städten sehen. Dies ist natürlich mit entsprechenden gesamtwirtschaftlichen Problemen für die ländlichen Regionen verbunden. Aber auch für die Berufseinsteiger in den Städten, wobei hier außerhalb der Problematik des Berufseinstieges selbst beispielhaft die Wohnungsknappheit genannt wurde.

Eine Quantifizierung der hier aufgeworfenen Problematiken wurde beispielhaft an Hand der Ergebnisse einer repräsentativen Studie in Moldawien vorgestellt. In dieser Studie antworteten auf die Frage »Wo wollen Sie nach der Beendigung ihres Studiums arbeiten?« 58,2 Prozent in Chisinau (Hauptstadt Moldawiens), 11,29 Prozent in einer anderen Stadt, 4,8 Prozent in einer ländlichen Region, 24,7 Prozent im Ausland. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sektion waren sich einig darüber, dass diese Ergebnisse im Wesentlichen auch auf die anderen Länder der GUS übertragbar sind, wobei die Antwort »in Chisinau« beispielhaft für die großen Städte der jeweiligen Länder gewertet wurde.

Auch über die Übertragbarkeit der Ergebnisse bestand Einigkeit, so antworteten, befragt, welche ihrer Meinung nach die Probleme des Berufseintrittes von jungen Akademikerinnen und Akademikern ist,

41,1 Prozent die niedrige Bezahlung, 16,3 Prozent Nichtübereinstimmung ihres Wissens mit den Anforderungen der Arbeitgeber, 31,9 Prozent Unmöglichkeit der Berufseinstieges ohne Schmiergelder, 35,5 Prozent Unwillen der Arbeitgeber, jemanden ohne Berufserfahrung einzustellen.

Ein überraschendes Ergebniss erbrachte die Frage »In welchem Sektor möchten Sie arbeiten?«, hierauf antworteten laut der Studie ca. 20 Prozent, dass sie in den Staatsdienst wollen, weitere knapp 30 Prozent in privatwirtschaftlichen Unternehmen arbeiten wollen und die Hälfte der Befragten, dass sie selbstständig werden wollten. Über die Übertragbarkeit dieser Ergebnisse auf andere Länder bestand keine Einigkeit.

Des Weiteren wurden in den Vorträgen zwei auch für Deutschland relevante Problematiken im Zusammenhang mit der Unterstützung von Jugendlichen beim Berufseinstieg angesprochen. So stellte eine ukrainische Teilnehmerin ein Programm in der Ukraine vor, welches mit deutschen Kombilohnmodellen vergleichbar ist, aber eben speziell auf Jugendliche ausgerichtet ist. Dieses Programm betrifft ungefähr 5 Prozent der jugendlichen Berufseinsteiger. Es war etwas irritierend, dass eine Mitarbeiterin eines gewerkschaftlichen Institutes diese Modelle mit einem derartigen positiven Grundtenor vorstellte. Auf eine Nachfrage bezüglich Beobachtungen zu Mitnahmeeffekten und Verdrängungseffekten führte sie aus, dass nach Auslaufen der Förderung durchaus Kündigungen zu beobachten wären, es seien ihr aber bisher keine empirischen quantitativen Einschätzungen des Problems bekannt. Gleichzeitig machte sie deutlich, dass sie entsprechende theoretische Ansätze sehr interessant findet, ihr derartige Diskurse aber bisher nicht bekannt seien. Ob dies an der Tatsache lag, dass sich an der Konferenz nicht »Experten« beteiligten – es war schließlich eine studentische Konferenz – oder diese Diskurse wirklich nicht in den Ländern in den dortigen Gewerkschaften geführt werden, blieb offen.

Die zweite Problematik, welche angesprochen wurde, betraf Praktika in Unternehmen. So führte eine russische Teilnehmerin in ihrem Vortrag aus, welche großen Firmen in Moskau derartige Praktika anbieten und wie entsprechende Auswahlverfahren ablaufen. Derartige Praktika seien sehr begehrt und es sei schwer, eines zu bekommen, da auch die Auswahlverfahren sehr hart seien. Auch hier fand eine aus unserer Sicht sehr unkritische Betrachtung statt. Auf Nachfragen zur Entlohnung, vertraglichen Grundlage und Verdrängungseffekten auf Normalbeschäftigung derartiger Praktika wurde wiederum geantwortet, dass es keine derartigen Problematisierungen gäbe und auch keine empirischen Studien hierzu bekannt seien. Aus persönlicher Erfahrung lägen aber weder eine Entlohnung noch eine vertragliche Grundlage bei Praktika vor, dennoch wurden die Chancen durch ein Praktikum betont, die dies aufwiegen würden.

Sicherlich ist es nicht angemessen, Probleme wie die Ausnutzung von Praktika durch Unternehmen und Kombilohnmodelle ausschließlich aus einer deutschen Sicht zu sehen, da sie kulturelle, rechtliche etc. Besonderheiten der Länder nicht berücksichtigen. Doch hat die Diskussion in den Sektionen gezeigt, dass derartige Sichtweisen mit viel Interesse aufgenommen werden, und die vielfachen Nachfragen zu diesen Diskursen in Deutschland lassen vermuten, dass hier ein Ansatz geboten wurde, kritische Einschätzungen weiter zu tragen.